

Die Macht des Wahlsystems

Gastkommentar

von ADRIAN VATTER

Was wäre, wenn es bei den Nationalratswahlen nicht 26 kantonale, sondern nur einen einzigen nationalen Wahlkreis gäbe? Wahlsysteme legen die Spielregeln für Wahlen fest. Bei den Nationalratswahlen gilt das Proporzwahlsystem. Ausdruck des stark föderalen Charakters des Wahlsystems ist zudem der Grundsatz, dass jeder Kanton einen eigenen Wahlkreis bildet und mindestens einen der insgesamt 200 Sitze erhält.

Die beträchtlichen Bevölkerungsdifferenzen zwischen den Kantonen führen dabei zu sehr unterschiedlich hohen Eintrittsschwellen und damit auch zu einer empfindlichen Einschränkung des Proporzwahlsystems. So müssen die Parteien in den 13 mittleren und kleineren Proporzkantonen, wo weniger als zehn Mandate zu vergeben sind, für einen Sitz einen Stimmenanteil von mehr als zehn Prozent erreichen. In den Kantonen Jura und Schaffhausen, wo nur zwei Sitze zu verteilen sind, braucht es ein Drittel der Stimmen, um in den Nationalrat einzuziehen. Und in den sechs bevölkerungsärmsten Kantonen wird nur ein einziges Nationalratsmandat vergeben. Diese Kantone kennen faktisch ein Mehrheitswahlsystem: Gewählt ist hier, wer die meisten Stimmen erhält. Damit weichen die Anteile der erhaltenen Sitze von denjenigen der Stimmen oft beträchtlich ab.

Wäre die Schweiz ein einziger Wahlkreis, so hätten die Bundesratsparteien pro Wahl sechs bis zehn Sitze weniger erhalten. Gäbe es bei den Nationalratswahlen nicht 26 kantonale, sondern nur einen einzigen nationalen Wahlkreis – vom Bodensee bis zum Genfersee –, würden die kleinen Parteien weitestgehend profitieren, während die mittleren und grossen Volksparteien wie SVP, SP, FDP und CVP im Vergleich zu heute schlechter gestellt würden. Es gibt allerdings eine interessante Ausnahme: Kleine Parteien wie die Lega dei Ticinesi, die CSP oder früher die Liberalen in der Westschweiz, die sich durch einige wenige, dafür aber

Wäre die Schweiz ein einziger
Wahlkreis, so hätten die
Bundesratsparteien pro Wahl
sechs bis zehn Sitze weniger erhalten.

starke kantonale Hochburgen auszeichnen, würden ebenfalls Sitze verlieren, da nicht mehr ihre aussergewöhnliche Stärke in einem einzelnen Kanton, sondern eben das Wahlergebn in der gesamten Schweiz zählen würde. Insgesamt gilt aber: Wäre die Schweiz ein einziger Wahlkreis, so hätten die Bundesratsparteien bei den Nationalratswahlen im langjährigen Durchschnitt pro Wahl sechs bis zehn Sitze weniger erhalten. Die grössten Änderungen wären dabei in den Kleinkantonen zu erwarten, da hier die Wählerschaft bisher nur eine beschränkte Parteiliste hatte. So wäre davon auszugehen, dass vermehrt auch kleinere Parteien in Kleinkantonen überhaupt antreten würden, da ihre Stimmen nicht mehr verloren gingen. Dies könnte den Parteienwettbewerb in den kleinen Kantonen massiv verstärken. Experten schätzen allein diesen psychologischen Effekt einer Wahlverfahrensänderung auf etwa drei weitere Sitze für kleinere Parteien.

Eine solche Stärkung der Stimmengerechtigkeit tönt auf den ersten Blick verlockend. Gleichzeitig würde die Reduktion auf einen einzigen Wahlkreis aber eine weitere Parteienzersplitterung, eine Schwächung der gemässigten Mitte und eine zunehmende Instabilität der Regierungsbildung durch das Parlament begünstigen. Eine höhere Wahlstimmengerechtigkeit würde damit eine andere – und für die Schweiz zunehmend wichtige – Kernfunktion von Wahlsystemen schwächen: nämlich die Bildung einer stabilen Regierung, die nicht aus zu vielen Parteien besteht, die sich gegenseitig blockieren.

Adrian Vatter ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Markus Freitag im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre wenn?

Eine Frage des Charakters

Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Was nicht alles die Wahlentscheidung beeinflussen soll. Sind für einmal weder Geschlecht noch Alter, Einkommen oder das Umfeld relevant, dann werden gern Ereignisse wie die Flüchtlingskrise oder der Klimawandel für die Stimmung im Land verantwortlich gemacht. Was wäre, wenn allein unser Charakter die Wahlentscheidung bestimmen würde? Informationen zu den Psychogrammen potenzieller Wählerinnen und Wähler lassen sich anhand von fünf Charakterzügen beziehen: Unser Grad der Offenheit bemisst sich an unseren vielfältigen Interessen und unseren Vorlieben für das Ungewöhnliche und Verrückte. Gewissenhaft ist, wer bodenständig, regeltreu und zielstrebig agiert. Der Charakterzug Extraversion zeigt, wie zurückgezogen oder wie gesellig und sozial dominant wir uns geben. Verträglichkeit wiederum informiert über unser Niveau an Gutmütigkeit und unser Bedürfnis nach Harmonie. Und Neurotizismus gibt Aufschluss über unsere emotionale Belast- und Verletzbarkeit. Diese fünf Wesenszüge sind zur Hälfte vererbt und mit zunehmendem Alter nur schwer veränderbar.

Stellen wir uns jetzt einmal einen Wähler namens Reto vor. Reto ist seit je als bodenständig und wenig extravagant bekannt. Derartig veranlagt, sucht er nicht unentwegt Abwechslung und bevorzugt höchstwahrscheinlich ein strukturiertes, vorhersehbares und familiäres Umfeld. Durch Erfahrungen lernt er, dass Traditionen, Regelmässigkeiten, formale Übereinkünfte und unverrückbare Vorstellungen probate Mittel darstellen, um das Leben und

Unser Charakter bestimmt
auch unsere politischen Neigungen
und damit unser Wahlverhalten.
Dies hat einen stabilisierenden Effekt.

dessen Herausforderungen zu meistern. Menschen wie Reto entwickeln sehr wahrscheinlich konservative Einstellungen und suchen sich Weggefährten, die ähnlich ticken und die ihre Wert- und Glaubenssysteme nicht ständig und unnötig herausfordern. Es ist auch naheliegend, dass ihre politischen Präferenzen bei den Akteuren und Organisationen liegen, welche die Überschaubarkeit der Lebensbedingungen zum politischen Programm aufrufen.

Ein anderes Beispiel ist Carmen. Sie gilt von Kindesbeinen an als verständnisvoll und zuvorkommend. Sie geht Konflikten gern aus dem Weg und favorisiert eine harmonische, hilfsbereite und vertrauensvolle Umgebung. Im Laufe ihres Lebens lernt sie dessen Tücken durch Zurückhaltung, Bescheidenheit und Toleranz zu meistern. Menschen wie Carmen suchen nicht unbedingt die politische Auseinandersetzung und den Wettbewerb ideologisch gefärbter Argumente. Sofern sie überhaupt ein politisches Interesse hegen, sympathisieren sie am ehesten noch mit Parteien, die für Kompromissbereitschaft und respektvolles Miteinander stehen oder den sozialen Ausgleich und die solidarische Bewahrung individueller Lebenschancen verfolgen.

Auswertungen zu mehreren tausend Charakterprofilen in der Schweiz legen nahe, dass sich rund die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer mit Reto verbunden fühlt und rund 40 Prozent die Seele Carmens in sich tragen. Darüber hinaus attestiert sich ein Viertel eine gewisse Offenheit, und weniger als ein Fünftel hält sich für extrovertiert. Erstere tendieren politisch nach links, Letztere nach rechts. Nicht einmal 5 Prozent schätzen sich als neurotisch ein und präferieren ebenso das linke Politspektrum. Unterm Strich weist die charakterliche Verteilung auf ausgeglichene Kräfteverhältnisse hin. Wenn also niemand im Oktober aus seiner Haut schlüpft, dann wird trotz allseitigen Erwartungen kein politisches Lager ein anderes nennenswert überragen. Und wenn doch: Wäre das ein Zeichen von Charakterschwäche?

Markus Freitag ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Adrian Vatter im Zusammenhang mit den Eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

Mittendrin und nicht dabei: die Ausländer

Gastkommentar

von ADRIAN VATTER

Jede vierte Person in diesem Land hat keinen Schweizer Pass. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz ist mit mehr als 2,1 Millionen Einwohnern sogar grösser als der Anteil Französischsprachiger. In einzelnen Kantonen macht er über 40 Prozent (Genf) bzw. 35 Prozent (Basel-Stadt) der Wohnbevölkerung aus. Zwar gewähren acht Kantone, vor allem diejenigen in der Westschweiz, Ausländern in der Regel das volle Wahlrecht auf kommunaler Ebene und die zwei Kantone Jura und Neuenburg zusätzlich auf kantonaler Ebene zumindest das aktive Wahlrecht. Bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen verfügen sie aber über keine Stimme. Demokratie, wörtlich übersetzt «Volksherrschaft», ist in der Schweiz auf nationaler Ebene nach wie vor in erster Linie eine Inländerherrschaft. Was wäre, wenn auch die ausländische Bevölkerung bei nationalen Wahlen teilhaben dürfte?

Der Befund: Ausländer stehen sowohl parteipolitisch als auch bei Abstimmungen weiter links als die Schweizer, wie eine Studie des Politologen Andreas Ladner von der Uni Lausanne zeigt. Sie sind eher für hohe Wohlfahrtsausgaben, weniger häufig für eine starke Armee, für eine stärkere europäische Integration und – wenig überraschend – für mehr Chancengleichheit für Ausländer. Gemäss dieser Analyse würden 28,5 Prozent der in der Schweiz lebenden Ausländer die SP wählen, danach folgen die Grünen. Vor allem bei den Franzosen, Spaniern und Italienern ist die SP die beliebteste Partei, während die Deutschen am häufigsten die Grünen wählen würden. Erst an dritter Stelle folgt die SVP. Sie wäre mit 14,3 Prozent bei den Ausländern nur halb so beliebt wie bei den Schweizern. Ihre Sympathisanten finden sich vor allem bei den Zuwanderern aus den ehemals kommunistischen osteuropäischen Staaten, die generell skeptisch gegenüber linken Parteien eingestellt sind. Überraschend ist das schlechte Abschneiden der CVP, stammen doch viele Ausländer aus dem katholischen und christ-

Dürften Ausländer wählen, glichen sich ihre Einstellungen längerfristig denjenigen der Schweizer an.

lichdemokratisch geprägten Südeuropa (Italien, Spanien, Portugal). Damit bestehen offensichtliche Unterschiede zwischen Ausländern der ersten Generation und Schweizer Wählern.

Interessanterweise passen sich aber die politischen Einstellungen der Migranten denjenigen des Gastlandes mit fortlaufender Aufenthaltsdauer an. So kommt der Politologe Oliver Strijbis zum Schluss, dass Ausländer der zweiten Generation zwar noch etwas linker wählen würden als Schweizer. Auch bei ihnen steht die SP an erster Stelle. Aber schon als zweitbeliebteste Partei folgt die SVP. Spätestens bei der dritten Generation von Ausländern verschwinden die Unterschiede dann fast vollständig. Sie weisen mehr oder weniger die gleichen politischen Einstellungen auf wie Schweizer ohne Migrationshintergrund. Im Vergleich zur ersten und zweiten Ausländergeneration haben sich ihre politischen Präferenzen nach rechts verschoben. Eine Mehrheit der oft schon Eingebürgerten würde die Parteien aus dem bürgerlichen Mitte-rechts-Lager wie BDP, CVP, FDP und GLP wählen, während die Anteile der Rot-Grünen und der Rechtskonservativen (SVP, Lega, EDU) denjenigen der Schweizer entsprechen.

Je länger also Migranten hier leben, umso stärker gleicht sich ihr Wahl- und Stimmverhalten den Schweizern an. Es würde sich somit längerfristig wenig am Ausgang von Wahlen und Abstimmungen ändern, wenn wir zumindest denjenigen Ausländern das Wahlrecht gäben, die schon lange in der Schweiz leben. Gleichzeitig wäre es aber ein wichtiger Schritt zur politischen Integration einer grossen Minderheit in die Schweizer Gesellschaft.

Adrian Vatter ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Markus Freitag im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

Politik als Beruf(ung)

Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Sie tun das, was sich nur noch wenige antun. Und sie werden nicht einmal richtig bezahlt dafür. Fragt man Milizpolitiker nach der sonst erhaltenen Wertschätzung, zucken sie auffallend oft mit ihren Schultern. Beinahe die Hälfte der Heranwachsenden weiss nicht einmal, dass es sie gibt. Nicht von ungefähr bekunden immer mehr Gremien enorme Schwierigkeiten, ihre Behördenstellen mit ihnen zu besetzen. Der verpflichtende Charakter ihrer Tätigkeit sowie deren zeitliche Fremdbestimmung korrespondieren mehr schlecht als recht mit dem zeitgenössischen Wunsch nach einer flexiblen Lebensplanung. Gerade im neu zu wählenden National- und Ständerat werden die Interessen der Wählenden zunehmend weniger von ihnen vertreten. Dabei betreiben sie Politik zumeist aus Berufung. Was wäre eigentlich, wenn es das Milizprinzip nicht mehr gäbe und wir stattdessen nur noch Berufspolitiker hätten?

Kritiker des Milizsystems würden aufatmen. Miliztätige sehen sich in deren Augen mit zu hohen Leistungsanforderungen und Anspruchshaltungen konfrontiert, denen sie als unvollkommen qualifizierte Freizeitpolitiker nicht gerecht werden können. Ihre zeitlich begrenzte Verfügbarkeit erschwert denn auch die arbeitsteilige Koordination und Kommunikation mit der Verwaltung. Zudem geht die mit der beschränkten Einsatzfähigkeit einhergehende Fokussierung auf das Tagesgeschäft zulasten der Verfolgung langfristig angelegter Projekte und konzeptionell-strategischer Anliegen. Ohnehin leide das Engagement im Milizwesen unter einer sozialen Diskriminierung, und die Arbeit wird eher von den «haves» als von den «have-nots» gestaltet. Eine Miliztätigkeit muss man sich eben leisten können. Auch beschwören die hauptberuflichen Beziehungen und Erfahrungen der Miliztätigen immer wieder Interessenkollisionen herauf. Insbesondere fehlende ange-

Eine Professionalisierung macht die politische Arbeit aber nicht zwingend besser.

messene Vergütungen verführen die Behördenmitglieder zu intransparenten Vorteilsnahmen und verweisen die Grenzziehung zwischen privatem und öffentlichem Interesse.

Allen Unkenrufen zum Trotz ist der Preis der Professionalisierung hoch. Fixe Besoldungskosten für Berufspolitiker schränken den finanziellen Spielraum ein. Ein Rückbau einer einmal geschaffenen Stelle ist problematisch. Zudem könnte der Einsatz monetärer Impulse auch zu charakterlichen Umschichtungen im Milizpersonal führen, so dass die Uneigennützigkeit und die Gemeinwohlorientierung des Engagements sukzessive durch Profitstreben abgelöst werden. Festangestellten Lokalpolitikern drohen bei einer Abwahl oftmals auch empfindliche Einkommensverluste. Solche Aussichten bringen eine andere Art des Politisieren mit sich. Statt auf Sachpolitik konzentriert man sich auf die Wiederwahl. Überdies schafft das Milizprinzip Vertrauen in die Institutionen und damit politisches Kapital. Ohne dieses System könnte die implantierte Identität zwischen Regierenden und Regierten Schaden nehmen und die Politik mit der Zeit als abgehobener empfunden werden, da weniger Alltagserfahrungen in die Politik einfliessen.

Der Königsweg wird kein Entweder-oder sein. Die Schweizer Beteiligungsdemokratie wird nicht allein als Laienschauspiel aufgeführt werden können. Allerdings macht eine Professionalisierung die politische Arbeit nicht zwingend besser. Es braucht den Laien als Korrektiv, um etwaige Qualifikationslücken der Professionellen wirkungsvoll mit praxisnahem Gedankengut zu ergänzen und die Bodenhaftung der Politik nicht zu verlieren. Sowieso: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmass lassen sich nicht mit Geld aufwiegen.

Markus Freitag ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Adrian Vatter im Zusammenhang mit den Eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?